

Auszug aus der Niederschrift über die 10. Sitzung der Bürgerschaft am 06.12.2018

Zu TOP : 9.11

Radtourismus beleben - Stellplätze für Räder sichern

Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Vorlage: AN 0121/2018

Herr Suhr erläutert den Antrag. Er ist erfreut, dass die Deutsche Bahn AG auf der Strecke Stralsund/Rügen – Karlsruhe/Hannover zukünftig drei ICE statt IC einsetzen wird. Diese Veränderung ist positiv. Diese Veränderung könnte jedoch negative Auswirkungen auf den Radtourismus haben, da die Mitnahmemöglichkeit von Rädern und Gepäck eingeschränkt wird (Reduzierung von 12 Fahrrädern pro Fahrt).

Herr Schwarz ist erfreut, dass die ICE-Verbindungen eingerichtet werden. Er regt an, sich die Fahrräder vor Ort auszuleihen. Dadurch würde auch die heimische Wirtschaft gestärkt werden. Die CDU/FDP-Fraktion wird den Antrag ablehnen.

Herr Laack gibt diesbezüglich zu bedenken, dass der Radtourismus weiter gefördert werden muss.

Herr Dr. Zabel erläutert die Sorge, dass mit diesem Antrag ein Signal an die Deutsche Bahn gegeben wird, was negative Auswirkungen auf die Hansestadt Stralsund haben könnte. Daher unterstützt er die Anregung, über Alternativen, z.B. Fahrradausleihe vor Ort, nachzudenken.

Der Präsident stellt den Antrag AN 0121/2018 wie folgt zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt sich mit Schreiben sowohl an den Vorstand der Deutschen Bahn, als auch an den Minister für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung zu wenden. In diesen Schreiben soll der Oberbürgermeister darauf hinweisen, dass aufgrund der durch die Bahn AG beabsichtigten Umstellung eines Teiles der Fernverbindungen auf ein ICE-Angebot auf den Strecken Karlsruhe/Hannover – Stralsund/Rügen ein erheblicher Teil der Fahrradstellplätze wegfallen wird. Die Schreiben sollen die Bitte und Aufforderung enthalten, entsprechende Kompensationsmaßnahmen zu erarbeiten um zu gewährleisten, dass vor allem in den Monaten April bis Oktober keine Fahrradstellplätze im Schienenverkehr wegfallen.

Abstimmung: Mehrheitlich abgelehnt

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Steffen Behrendt

Stralsund, 11.12.2018